



Die Bauern könnten mehr.

Europa und die Agrargelder

euRONATUR

AbL

Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Impressum

Diese Broschüre stellt Ergebnisse aus einem vom Bundesamt für Naturschutz geförderten Forschungs- und Entwicklungs-Vorhaben der EuroNatur-Stiftung und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vor und ordnet sie in den aktuellen agrarpolitischen Zusammenhang ein. Das Projekt trägt den Titel: Naturschutz, Landschaft und ländliche Räume im Rahmen der Lissabon- und Göteborg-Strategie – Begleitung und Bewertung aus Natur- und Umweltsicht. Das Projekt wird durchgeführt von der EuroNatur-Stiftung in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL).

Mit Beiträgen von: Ulrich Jasper (AbL), Dr. Andrea Fink-Keßler (Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, Kassel), Katrin Seifert (EuroNatur) und Lutz Ribbe (EuroNatur).

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.



Hamm/Rheinbach, Dezember 2007

euRONATUR

AbL

*Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.*

EuroNatur Stiftung
(Stiftung Europäisches Naturerbe)
Grabenstraße 23
D - 53359 Rheinbach / Bonn
Tel.: 02226-2045, Fax: -17100
Lutz.Ribbe@euronatur.org
<http://www.euronatur.org>

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)
Bahnhofstraße 31
D - 59065 Hamm/Westf.
Tel.: 02381-9053171, Fax: -492221
Jasper@abl-ev.de
<http://abl-ev.de>

Die Bauern könnten mehr.

Europa und die Agrargelder

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Die Gesellschaft will mehr Nutzen, doch die Regierungschefs kürzen	6
Auswirkungen der EU-Finanzplanung 2007-2013 in Deutschland	6
3. Mehr ist möglich: Arbeit und Wertschöpfung in und durch Landwirtschaft	8
Effekte der Zweiten Säule der Agrarpolitik am Beispiel der Region Hohenlohe und was daraus zu lernen ist.	8
Käse und Wurst bringen Arbeit aufs Land	8
Neue Arbeitsplätze entstehen	8
Positive Einkommensentwicklung	9
Vom Hof zur Familienholding	9
Generationenwechsel als Antrieb	9
Neues wagen, Existenzen gründen	10
Direktvermarktung kein Selbstläufer	10
Erfolgsfaktoren	11
Wertschöpfungsketten mit regionaler Wirkung	11
Förderung unterstützt	12
Fazit. □	13
Die Studie über Hohenlohe kompakt.	13
4. Upländer Bauernmolkerei: Struktur-Aufbau aus der Region heraus	14
Triebkraft von Bewegung in der Mittelgebirgsregion Sauerland.	
„In jedem Liter Milch ein schönes Stück Region“	14
Wie entstand die Molkerei?	14
Biologischer Landbau und Regionalität	15
„Die Dinge selber in die Hand nehmen“	16
Gentechnikfreie Molkerei	16
Der Erfolg gibt Recht	17
Ganz im Sinne von Lissabon- und Göteborg-Strategien der Europäische Union	17
Lebendige Unternehmen – lebendige Regionen	17
Bildung . . . □	18
Innovation . □	18
Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen	19
5. Direktzahlungen verzerren den Wettbewerb	
– zulasten von Arbeit und Umwelt	20
Arbeitsplatzwirkungen der Direktzahlungen	20
Verteilung auf die Betriebe	20
Arbeitskraft (AK) und Arbeitskraft-Einheit (AKE)	21
Bio macht mehr Arbeit	22
Im Extrem mehr als 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr	23
6. Herausforderungen sind benannt. Nun müssen Konsequenzen folgen	25
Anhang	26

1. Einleitung

In den nächsten Monaten und Jahren wird in Europa wieder heftig über die Agrargelder der EU gesprochen und gestritten werden. Soviel ist sicher: Mehr wird es nicht. Aber ist das schon genug?

Über 55 Milliarden Euro gehen jedes Jahr auf das Konto der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ der EU. Steuergelder sind das. Also müssen die Steuerzahler auch „mitreden“ können, wofür das Geld eingesetzt wird. Das ist bislang nicht selbstverständlich. Die Lobby-Vertreter der jahrelangen Profiteure agieren so, als sei es ihr Geld, das sie für ihre „Schützlinge“ reklamieren.

Interessenvertretung ist ein gutes Recht. Die Politik aber muss verschiedene Interessen in den Blick nehmen und in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Da hat die Agrarpolitik noch viel zu tun.

Die jüngsten Beschlüsse auf europäischer Ebene zum EU-Agrarhaushalt sind da ein großer Rückschritt. Denn gekürzt wurde im Rahmen der EU-Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2013 ausgerechnet in den Bereichen, die in den letzten Jahren die gesellschaftliche Diskussion über Agrarpolitik, Land- und Ernährungswirtschaft positiv bestimmt haben: Bei den Leistungen der Betriebe zum Erhalt der Kulturlandschaften und der biologischen Artenvielfalt; bei den Aktivitäten zum Wasser-, Boden- und Klimaschutz und bei den integrativen und kooperativen Zusammenschlüssen, mit denen Bauern und Bäuerinnen in Zusammenarbeit mit anderen – auch scheinbar landwirtschaftsfernen Akteuren – neue Wege in der ländlichen Wirtschaftsentwicklung gehen. Der Motor der innovativen ländlichen Entwicklung droht ins Stocken zu geraten.

Die Kürzungen gehen zurück auf die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der EU vom Dezember 2005. Während der viel größere Haushaltsposten der allgemeinen landwirtschaftlichen Direktzahlungen (als größter Bestandteil der 1. Säule der EU-Agrarpolitik) von Kürzungen ausgenommen wurde, wurden die Fördermittel für die Ländliche Entwicklung (2. Säule) EU-weit um über 20 Prozent gekürzt. In einigen deutschen Bundesländern bedeutet das Einschnitte um bis zu 45 % – einige Maßnahmen werden ganz gestrichen. Besonders betroffen sind die so genannten „Agrar-Umwelt-Programme“, die von EU, Bund und Bundesländern gemeinsam finanziert werden. Sinkt die EU-Förderung, ist die Versuchung der Bundesländer groß, dann auch ihre Ausgaben für diese Zukunftsausgaben herunterzufahren. Am Ende werden die Bauern und Unternehmen der Ernährungswirtschaft bestraft, die freiwillig Zusatzleistungen erbracht haben: Grünland weniger zu

düngen, den Ackerboden mit einer vielgliedrigen Fruchtfolge zu schonen und Humus aufzubauen, also Kohlenstoff aus der Luft zu binden usw. Die Förderung, die nun gekürzt wurde, hat den Betrieben die Mindererträge bzw. Mehrkosten zum Beispiel beim Arbeitsaufwand ausgeglichen, die der Markt nicht bezahlt. Jetzt bleiben sie darauf alleine sitzen – eher ein Anreiz, dann auch diese Zusatzleistungen zu streichen.

Im Jahr 2008 gibt es nun die große Chance, diese Kürzungen auszugleichen. Die EU-Agrarpolitik steht auf dem offiziellen Prüfstand. Gesundheitscheck (Health Check) wird diese Überprüfung genannt. Ende 2008 sollen die Beschlüsse für Korrekturen an der EU-Agrarpolitik fallen. Im November 2007 hat die EU-Kommission erste Vorschläge dazu präsentiert. Sie sind ein erster wichtiger Schritt, aber schon kündigt sich – besonders in Deutschland – heftiger Widerstand an.

In dieser Broschüre geben wir einen Überblick über die Kürzungen im Bereich der Ländlichen Entwicklung als Folge der Beschlüsse zum EU-Haushalt vom Dezember 2005. Welche Folgen sie für die wirtschaftliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe und ganzer Regionen haben, wird am Beispiel der Region Hohenlohe deutlich. Dabei zeigen die Betriebsentwicklungen in dieser Region während der letzten Jahre, welches Potenzial in den ländlichen Regionen für die Stärkung der Wertschöpfung und damit für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorhanden ist. Das wird auch eindrücklich sichtbar im Hochsauerlandkreis, an der Grenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen. Hier haben Bauern mit breiter Unterstützung aus der Region eine Molkerei wieder in Betrieb genommen, die vorher im Zuge einer Fusion geschlossen worden war. Das hat nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern zusätzliche geschaffen. Solche Potenziale gibt es überall – es gilt sie zu heben, statt sie auszuhungern.

Zum Vergleich stellen wir dem eine Beschreibung gegenüber, die zeigt, wie wenig hilfreich die Ausgestaltung der Direktzahlungen heute ist, um Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum zu sichern – auch wenn das immer wieder behauptet wird. Die Art der Bemessung führt dazu, dass die Betriebe mit den wenigsten Arbeitsplätzen pro Fläche am meisten von den Direktzahlungen profitieren. Das ist (noch) eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der Betriebe, die mehr für ihre Region leisten als allein Lebensmittel zu erzeugen.

Die Bauern könnten mehr ... wenn die Agrarpolitik anders handeln würde.

2. Die Gesellschaft will mehr Nutzen, doch die Regierungschefs kürzen

Auswirkungen der EU-Finanzplanung 2007-2013 in Deutschland

Im Dezember 2005 endeten intensive Verhandlungen in der Europäischen Union. Es ging ums Ganze: um das Geld, das der EU für die verschiedenen Aufgaben zur Verfügung steht, es ging um die Aufteilung der Mittel auf die verschiedenen Politikbereiche, und es ging bei all dem natürlich auch darum, welcher Mitgliedstaat wie viel nach Brüssel zahlt und auf der anderen Seite auch wieder über die Ausgaben „zurück“ bekommt. Bei ihrem Gipfel Ende 2005 einigten sich die Staats- und Regierungschefs schließlich auf ein Gesamtpaket.

864 Mrd. Euro¹⁾ stehen demnach der EU aus 27 Staaten für die Finanzperiode 2007-2013 insgesamt maximal zur Verfügung. Das entspricht 1 % des voraussichtlichen EU-Bruttonationaleinkommens (BNE, entspricht Bruttosozialprodukt).

Für die Haushaltlinie „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“, worunter vor allem die Gemeinsame Agrarpolitik der EU zählt, sind 371 Mrd. Euro²⁾ eingeplant, bezogen wiederum auf den gesamten Zeitraum 2007-2013. Das macht einen Anteil von 43 %. Davon entfallen mit 293 Mrd. Euro 79 % auf die „marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen“. Die restlichen 21 % entfallen auf die Ländliche Entwicklung, den Fischereifonds und kleinere Posten.

Die EU-Agrarpolitik teilt sich auf verschiedene Bereiche auf: Zur so genannten „Erste Säule“ zählen vor allem die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe sowie die Marktordnungsausgaben für staatlichen Aufkauf, Lagerung und Absatzförderung. Die „Zweite Säule“ der Agrarpolitik beinhaltet dagegen die Förderung zur „Ländlichen Entwicklung“ – hierzu zählen Agrarumweltmaßnahmen, die Ausgleichszulage für (naturbedingt) benachteiligte Gebiete, die Förderung von Investitionen

und Bildungsmaßnahmen ebenso wie die Unterstützung der Diversifizierung (Erschließung neuer Einkommensquellen) im ländlichen Raum sowie auch die Förderung von lokalen Initiativen zur gemeinschaftlichen und integrierten Entwicklung der Regionen (LEADER).

Bisher schon lag der Schwerpunkt der Agrarausgaben eindeutig auf der Ersten Säule: auf Marktordnung und Direktzahlungen. Das wird nun im Finanzrahmen der Jahre 2007-2013 fortgesetzt.

Doch damit nicht genug – mit ihren Beschlüssen zur Finanziellen Vorausschau 2007-2013 droht die Agrarpolitik noch stärker ins Schwanken zu geraten. Denn gekürzt haben die Staats- und Regierungschefs mit ihrem Beschluss vom Dezember 2005 ausgerechnet die ohnehin schon schwache Zweite Säule der Ländlichen Entwicklung. Standen den 15 alten EU-Staaten für die Zeitspanne 2000 bis 2006 noch 56 Mrd. Euro zur Verfügung, so sind es nun für die nächsten sieben Jahre (2007-2013) 36,75 Mrd. Euro (jeweils in Preisen von 2004) – ein Rückgang von 34 %³⁾. Abgemildert wird diese Kürzung durch die Mittel, die über die so genannte Modulation von den Direktzahlungen umgeschichtet werden⁴⁾. Für die EU-15 sind das geplante 7,5 Mrd. Euro an Modulationsmitteln. Unter Einrechnung dieser Mittel stehen für die Ländliche Entwicklung in der EU-15 dann 44,25 Mrd. Euro zur Verfügung, es bleibt ein Rückgang um 21 %.

Ähnlich hoch fällt auch die Schwächung der Ländlichen Entwicklung durch die Kürzungen der EU-Mittel in Deutschland aus. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) beziffert die Kürzung mit 23 %⁵⁾. Selbst wenn neben den Modulationsmitteln auch ein Ausgleich für die Inflation in Höhe von 2 % pro

¹⁾ 864 Mrd. Euro sind es gemessen in Preisen des Jahres 2004, also ohne Inflations-Ausgleich; gemessen in jeweiligen Preisen (inkl. angenommener Inflationsausgleich) sind es 975 Mrd. Euro. Quelle: EU-Kommission, 24.04.2007: KOM(2007) 208 endgültig.

²⁾ 371 Mrd. Euro sind es gemessen in Preisen des Jahres 2004. Gemessen in jeweiligen Preisen, d.h. inkl. angenommenem Inflationsausgleich, sind es 418 Mrd. Euro. Quelle: KOM(2007) 2008 endgültig.

³⁾ Agra-Europa 52/05, 27.12.2005, Europa-Nachrichten 9-11.

⁴⁾ Die Modulation wurde verpflichtend eingeführt mit der im Sommer 2003 beschlossenen Reform der EU-Agrarpolitik: Oberhalb eines Freibetrages von 5.000 Euro je Betrieb und Jahr wird von den Direktzahlungen ein Prozentsatz abgezogen und das so einbehaltene Geld der Ländlichen Entwicklung zur Verfügung gestellt. Der Prozentsatz startete mit 3 % im Jahr 2005, stieg 2006 auf 4 % und 2007 schließlich auf 5 %.

⁵⁾ BMELV: Agrarbericht 2007. Textstelle Nr. 85, S. 37.

Jahr für die Jahre 2007 bis 2013 hinzugerechnet wird, um den sich die tatsächlichen Zahlungen also erhöhen würden, verbleibt ein Minus von 12 % in Deutschland.

Innerhalb Deutschlands, in den 16 Bundesländern, wirkt sich der Rückgang der Mittel allerdings sehr unterschiedlich aus. Das zeigt sich in folgender Tabelle. In Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz sinken die Mittel real um 34 bis 36 %, nominal um 25 bis 27 %. In Niedersachsen/Bremen dagegen steigen die Mittel um real 5 % (nominal 18 %), weil Niedersachsen zusätzliche Konvergenzmittel für einen strukturschwachen Landkreis gewinnt.

Es bleibt festzuhalten: Die Maßnahmen zur Förderung der Ländlichen Entwicklung verlieren deutlich. Die Ausgaben für die Erste Säule, also für Markt-

ordnungen und für Direktzahlungen, bleiben dagegen ungeschoren. Wenn sich das im Jahr 2007 abzeichnende höhere Preisniveau bei Marktprodukten fortsetzen sollte, gibt es jedoch in der Ersten Säule einen geringeren Finanzbedarf selbst bei Beibehaltung der Instrumente. Dagegen wirkt sich ein höheres Marktpreis-Niveau für die Maßnahmen in der Zweiten Säule ganz anders aus: Die Prämien für besonders umweltschonende Wirtschaftsweisen verlieren an wirtschaftlicher Attraktivität gegenüber den Markterlösen, die zu erzielen wären, wenn auf die Einschränkungen auf der Fläche verzichtet würde. Die Kürzung der Förderprämien in der Zweiten Säule wird somit noch verstärkt. Es ist daher schon absehbar, dass sich Landwirte aus den Agrarumwelt-Programmen zurückziehen, wenn es nicht gelingen sollte, die Anreize wenigstens wieder auf den alten Stand zu heben.

Auswirkungen der Kürzungen der EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung in Deutschland in den Jahren 2007-2013

	EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung 2000-2006 in Mio. Euro real (Preise 2004)	EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung 2007-2013 in Mio. Euro real (Preise 2004)	Veränderung 2007-2013 zu 2000-2006 in Prozent real (Preise 2004)	EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung 2007-2013 in Mio. Euro nominal (inkl. Inflationsausgl.)	Veränderung 2007-2013 zu 2000-2006 in Prozent nominal (inkl. Inflationsausgl.)
Baden-Württemberg	817	525	- 36 %	596,25	- 27 %
Bayern	1.691	1.106	- 35 %	1.256,11	- 26 %
Brandenburg + Berlin	1.063	938	- 12 %	1.065,00	+ 0,2 %
Hessen	273	193	- 29 %	219,19	± 0 %
Mecklenburg-Vorpommern	883	780	- 12 %	885,86	+ 0,3 %
Niedersachsen + Bremen	693	724	+ 5 %	822,00	+ 18 %
Nordrhein-Westfalen	291	253	- 13 %	287,33	- 1 %
Rheinland-Pfalz	310	205	- 34 %	232,00	- 25 %
Saarland	36	25	- 31 %	28,39	- 22 %
Sachsen	1.093	820	- 25 %	931,29	- 14 %
Sachsen-Anhalt	960	723	- 25 %	821,12	- 15 %
Schleswig-Holstein + Hamburg	287	227	- 21 %	258,00	- 10 %
Thüringen	835	613	- 27 %	896,19	- 17 %
Deutschland gesamt	9.232	7.132	- 23 %	8.100,00	- 12 %

Quelle: Agra-Europa 28/06, 10.07.2006, Länderberichte 16-17, auf Basis von Daten des BMELV, korrigiert.

3. Mehr ist möglich: Arbeit und Wertschöpfung in und durch Landwirtschaft

Effekte der Zweiten Säule der Agrarpolitik am Beispiel der Region Hohenlohe und was daraus zu lernen ist

Was kann die Förderung der Ländlichen Entwicklung eigentlich ökonomisch leisten – also zur Erhöhung der Wertschöpfung und damit zur Sicherung bestehender oder gar Schaffung neuer Arbeitsplätze? Nicht selten wird der Zweiten Säule hier eine positive Wirkung abgesprochen – wohl auch, um ein Umschichten von Finanzen aus der Ersten Säule der Agrarpolitik hierher abzuwehren. So, als spiele bei Marktordnungen und Direktzahlungen die Musik, und das andere sei Spielwiese für Exoten oder abgelegene Berggebiete. Doch weit gefehlt! Das zeigt eine Studie, bei der sich die Autorinnen die Mühe gemacht haben, raus zu fahren auf die Betriebe und genauer hinzusehen.⁶⁾

Käse und Wurst bringen Arbeit aufs Land

Hohenlohe – im Norden Baden-Württembergs gelegen – ist eine vielseitige und aktive Region. Ländlich-bäuerlich geprägt, und doch boomen seit Jahren Gewerbe und Dienstleistungen. Es herrscht Vollbeschäftigung, und damit locken auch lukrative außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze. Dennoch haben sich viele Bauernfamilien dazu entschlossen, nicht die Hof Tore zu schließen, sondern neue Wege zu gehen und mit ihrem Hof in die Zukunft zu investieren.

Fast in jeder Gemeinde der beiden Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis findet sich so eine Familie. Sie erzeugen nicht nur Getreide, Fleisch oder Milch, sondern verarbeiten ihre Erzeugnisse selbst weiter und verkaufen die Lebensmittel in eigener Regie an die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die erfahren zu den Waren mit besonderer Qualität damit gleich noch, wo und wie die Herstellung und Verarbeitung aussieht. Das verschafft ihnen Vertrauen und den Betrieben eine höhere Wertschöpfung. Auch andere Betriebszweige sind zur „Urproduktion“ hinzugekommen: Urlaub

auf dem Bauernhof, Kindergeburtstage im Kuhstall und weitere landwirtschaftsnahe Dienstleistungen. Auch die der Bau und Betrieb von Biogasanlagen gehört dazu.

Neue Arbeitsplätze entstehen

In den beiden untersuchten Landkreisen Schwäbisch-Hall und Hohenlohekreis wurden 282 Betriebe ermittelt, die ihre Landwirtschaft auf diese oder ähnliche Weise erweitert haben – Diversifizierung wird das genannt. Persönlich befragt wurden 66 dieser 282 diversifizierten Betriebe in den Jahren 2005 und 2006. Die überwiegende Mehrheit (79 %) dieser Betriebe wird im Haupterwerb bewirtschaftet, 39 Prozent wirtschaften ökologisch.

Besonderes Augenmerk galt in der Befragung der Entwicklung der Erwerbs-Beschäftigung auf den



Betrieben. Das Ergebnis war überraschend: Mit ihren Zusatztätigkeiten ergänzen die Höfe ihren klassischen landwirtschaftlichen Betriebszweig und haben über die letzten zwölf Jahre (1994 bis 2006) einen durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von 2,46 auf 3 Arbeitskräfteeinheiten pro Betrieb erzielt. Zum Vergleich: In baden-württem-

⁶⁾ Karin Seifert, Dr. Andrea Fink-Keßler: Arbeit und Einkommen in und durch Landwirtschaft. Effekte der Zweiten Säule der Agrarpolitik am Beispiel der Region Hohenlohe – eine empirische Analyse. März 2007. Die Studie wurde von der Umweltstiftung Euronatur mit Unterstützung der Landwirtschaftlichen Rentenbank und „Hohenlohe aktiv“ in der Region Hohenlohe (Landkreise Schwäbisch Hall und Hohenlohekreis) durchgeführt. Die folgende Darstellung basiert auf einem Bericht der Autorinnen der Studie in der Unabhängigen Bauernstimme, Mai 2007, S. 11-12, sowie auf der Zusammenfassung der Studie.

bergischen Betrieben stieg der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz von 1 auf 1,2 AK je Betrieb.

Aufsummiert über alle Familienarbeitskräfte, 400-Euro-Jobs, Stunden-Aushilfen, Teilzeitstellen mit 50 bis 80 Prozent Umfang wurden auf allen 66 näher untersuchten Betrieben in diesen Jahren zusammen 36 neue Stellen (umgerechnet auf Vollzeitstellen) geschaffen. Davon konnten 160 Personen zusätzlich in der Region von den Aktivitäten der bäuerlichen Familien profitieren.

Bei knapp einem Drittel der Betriebe wurden überdurchschnittlich viele neue Arbeitsplätze mit Beschäftigung familienfremder Personen geschaffen (Anstieg 2,2 AK pro Betrieb auf 4,3). Im großen Mittelfeld liegen die 44 Prozent der Betriebe, die Arbeit erhalten oder nur langsam ausgebaut haben. Bei allen Betrieben besteht aber die Tendenz, sich Aushilfskräfte aus der Region zu holen. Bei knapp einem weiteren Drittel hat die Arbeit abgenommen, meist als Folge des Ausscheidens der älteren Generation. Das macht deutlich, dass Arbeit auf den Höfen nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung folgt, sondern vor allem mit der Generationenfolge zu tun hat. Dabei gibt es nicht nur das bekannte Phänomen, dass im Zuge des Generationswechsels Arbeit abgebaut wird, auch andersherum wirkt sich der Wechsel oft aus: Ideen der übernehmenden Generation werden umgesetzt und führen zu mehr Arbeitsplätzen auf dem Betrieb (siehe unten).

Positive Einkommensentwicklung

Zwei Drittel der befragten Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen bewerten die Diversifizierung ihrer Landwirtschaft als wirtschaftlich erfolgreich und sehen darin einen positiven Gegenpol zum bisher steten Preisverfall in der landwirtschaftlichen Urproduktion. Sorgen um die Hofnachfolge kennen daher die wenigsten der untersuchten Betriebe. Vielfach haben sich die landwirtschaftlichen Familienbetriebe sogar zu kleinen „Holdings“ entwickelt, unter deren Dach zahlreiche Familienmitglieder Einkommen und Arbeit finden. Zudem strahlt die positive Entwicklung der Höfe in die ganze Region aus, denn Zulieferer, Handwerker und auch Abnehmer erhalten zusätzliche Aufträge.

Vom Hof zur Familienholding

Hinter diesen knappen Zahlen verbergen sich zahlreiche sehr individuelle Geschichten. Zum Beispiel die der Familie Schneider (Namen geändert). Mit der Übernahme des Hofes von den Eltern Mitte der 1980er Jahre hat sie mit der Direktvermarktung begonnen. Zunächst wurde nur das eigene Getreide an Bäcker und Mühlen geliefert. Zwei Jahre später kam eine Biogasanlage dazu, die den Hof bis heu-

te mit Energie versorgt und inzwischen sogar geringe Erträge über die Einspeisevergütung bringt. Anfang der 1990er Jahre wurden die Erfahrungen aus der Direktvermarktung des Getreides für den Aufbau eines kleinen Hofladens genutzt, der sich seither prächtig entwickelt.

Ein Drittel der eigen erzeugten Milch wird im Hofladen verkauft – als Frischmilch oder zu Käse verarbeitet. Hinzu kommen Fleisch und Wurst der eigenen Tiere, eigener Fruchtsaft, Kartoffeln und Mehl und zusätzlich ein umfangreiches Naturkostsortiment. Seit 2005 gehen Schneiders noch zweimal in der Woche auf einen lokalen Markt. Nun überlegen sie, das Sortiment um selbst gebackenes Brot zu erweitern. Dieser Schritt wird aber erst gegangen, wenn, wie vorgesehen, in den nächsten Jahren die beiden Kinder auf dem Hof mit einsteigen. Denn beide sehen dort ihre Zukunft und wollen durch neue gewerbliche Aktivitäten unter dem Dach des Familienbetriebes den Betrieb ergänzen und fortführen.

Generationenwechsel als Antrieb

Das Nachrücken der jungen Generation kann aber auch zu grundlegenden Veränderungen auf dem Hof führen. So hat ein junger Landwirt den konventionell geführten elterlichen Betrieb von der Schweinmast auf ökologisch erzeugtes Gemüse umgestellt und vertreibt seine Waren direkt, ergänzt durch das Angebot eines benachbarten Gemüsebetriebs. Ein anderer hat seinen eher kleinen Milchviehbetrieb um die Produktion von Chicoree ergänzt und kann sich – zu seiner eigenen Überraschung – vor Nachfrage nach dem Gemüse und vor Interesse an Hofbesichtigungen kaum retten. Auch er vermarktet direkt an Endkunden und zusätzlich über den lokalen Einzelhandel.

Der Generationswechsel erforderte auch bei den untersuchten Obst- und Weinbaubetriebe deutliche Entscheidungen: Eigenes Keltern und Direktvertrieb von Wein oder Saft war der Weg der Größeren unter ihnen. Ein kleiner Obstbetrieb hat hingegen eine ganz eigene Lösung gefunden und bietet jetzt in seinem Hofladen zusätzlich zum eigenen Saft und Obst äußerst leckere „Fruchtsaft(gummi) bärchen“ an. Auch er freut sich über die stetig steigende Nachfrage.

Hohenlohe ist eine Region, in der sich zahlreiche Pioniere des Ökolandbaus niedergelassen haben. Und viele von ihnen sind auch Pioniere, wenn es um Weiterverarbeitung und Direktvermarktung geht. Und auch hier stellen sich beim Generationenwechsel immer wieder die gleichen Fragen: Neue Betriebszweige hinzunehmen, alte erweitern oder sich spezialisieren.

Neues wagen, Existenzen gründen

Zum Teil geplant, zum Teil „irgendwie rein gerutscht“, findet sich auch eine beachtliche Zahl landwirtschaftlicher Neulinge in Hohenlohe. Aus Liebe zu Schafen oder Ziegen wird ein eigener Betrieb, der sich über die Jahre zu einem Hof mit 100, 200 oder gar 600 Tieren mausert; der das Fleisch der Tiere erfolgreich vermarktet; der die Schaf- oder Ziegenmilch weiter verarbeitet. Schusters zum Beispiel könnten gut und gerne noch einmal 50 Schafe mehr halten, um die wachsende Nachfrage auf den lokalen Märkten nach Fleisch und Wurst zu befriedigen. Ähnlich geht es Schäfers, die nicht immer genügend Ziegenfleisch und -käse bereitstellen können, um die Wünsche der Kunden in den größeren Städten der Region zu erfüllen.

Auch diejenigen, die an den Großhandel liefern, müssen sich immer wieder fragen, ob und wie sie weiter wachsen wollen. Mit ihren Nischenprodukten haben diese Neulinge Erfolg und Zukunft, und einige konnten ihre Landwirtschaft sogar vom Nebenberuf in eine Haupterwerbsform bringen.

So verschieden die untersuchten Betriebe sind, so sehr ähneln sich bei der Mehrzahl der Betriebe das Engagement und der zuversichtliche Blick in die Zukunft bei den Betriebsleitern und ihrer Familien.

Gruppiert man die Betriebe nach der Art ihrer Diversifizierung, so zeigt sich, dass diejenigen Betriebe, die ihre Produkte wie Milch, Getreide oder Fleisch

selbst verarbeiten und verkaufen, in der Mehrzahl zufrieden bis sehr zufrieden mit der Entwicklung ihres Hofes sind. 29 der 34 Betriebe dieser Gruppe beurteilten ihre wirtschaftliche Situation als gut.

Hohe Beschäftigungseffekte hatte vor allem die Milchverarbeitung zu Käse, Eis oder Frischmilch im Lieferdienst. Ähnliches gilt für die Direktvermarkter von Fleisch und Wurst. Über beiden Gruppen aber hängt derzeit das Damoklesschwert der seit 1.1.2007 erforderlichen hygienerechtlichen EU-Zulassung und zu Recht befürchten sie, dass erhebliche Investitionen auf sie zukommen werden.

Direktvermarktung kein Selbstläufer

Bei den Direktvermarktern sieht das Bild etwas anders aus. Hier war nur knapp ein Drittel der reinen Direktvermarkter mit der Betriebs- und Einkommensentwicklung dieses Betriebszweiges wirklich zufrieden. Das waren dann entweder die mit einem umfangreichen Sortiment oder jene mit attraktiven Nischenprodukten. Es reicht einfach nicht mehr aus, „nur“ Eier vom Bauernhof zu verkaufen, wenn der Discounter nebenan schon Bio-Eier zu Niedrigpreisen verkauft. Auch ist die Wertschöpfung oftmals einfach zu gering, um hierüber zusätzliche Arbeit zu schaffen.

Eher ein Zubrot als ein großartig lukrativer Betriebszweig scheinen die in kleinem Maßstab betriebenen Urlaubsangebote der Höfe zu sein. „Ein Taschengeld“ sagten viele Bäuerinnen, und nur aufgrund der vielen Montage-Arbeiter der gewerbereichen Region Hohenlohe erzielten sie dennoch eine akzeptable Auslastung ihrer Betten. Eine attraktive Einkommensquelle wird Urlaub auf dem Bauernhof erst, wenn neben mehreren Wohnungen und Zimmern der Hof oder die Umgebung noch verschiedene Freizeitangebote für die Gäste parat hält. Selbst das Angebot, im Stall mitmelken zu dürfen, reicht nach ein paar Tagen nicht mehr als Attraktion.

Motiviert durch spezielle Landfrauen-Weiterbildungsprogramme und durch die LEADER-Aktivitäten sind einige der befragten Bäuerinnen in den Dienstleistungsbereich eingestiegen. Frau Karl beispielsweise hat eine alte Scheune ausbauen lassen und bietet, mit wachsender Nachfrage, die Gestaltung von Kindergeburtstagen an. Frau Wiese will mit ihrem Bauerncafé und dem selbstgebackenen Brot und Kuchen in erster Linie den Hof so lebendig und attraktiv halten, dass möglichst mehr als nur eines ihrer vier Kinder später mit einsteigen möchte. Kein Problem, sagte der gerade auf dem



Die Direktvermarktung ist nur ein Bereich neuer Wertschöpfung auf den Höfen. Fotos: WFG Schäbisch Hall

Hof anwesende Älteste. Wir werden uns eher noch darum rangeln.

Zu einer weiteren Einkommensquelle haben sich in den letzten Jahren Biogasanlagen entwickelt. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben sich zu den alten Biogas-Pionieren der Region die großen Schweine- und Putenmäster gesellt. Energie als Einkommensquelle für die nächste Generation und als Ausgleich für sinkende Preise ist ihre Motivation, und sie erzielen aus der Energie erhebliche Anteile ihres Einkommens.

Erfolgsfaktoren

Vorneweg: Untersucht wurden nur diejenigen Betriebe, die heute noch wirtschaften. Die Betriebe, die in dem überproportional starken Strukturwandel Hohenlohes der letzten Jahre ihre Hof Tore geschlossen haben, erscheinen in der Bilanz dieser Untersuchung nicht. Die Befragungen ergaben jedoch ein gewisses Bild für mögliche Faktoren, die den Erfolg der Mehrheit der Betriebe begünstigten:

- 1.) Mehr als einst müssen Landwirte heute auch Unternehmer sein. Nicht nur der hohe allgemeine administrative Aufwand erfordert neue Fähigkeiten. Die Mehrheit der untersuchten Betriebe führt die speziellen Betriebszweige als GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts), und dies erfordert neben der getrennten Buchführung insgesamt ein modernes Management. Administration, Personalführung, Finanzplanung müssen gelernt und umgesetzt werden.
- 2.) Der Hof muss mit seinem Angebot etwas Besonderes schaffen, um sich vom allgemeinen Markt positiv und erkennbar abzuheben. Besondere Produkte und Dienstleistungen sind gefragt, z.B. Lieferdienste oder eigene Erzeugung mit besonderen Qualitäten, da die Sensibilität für Qualität und Herkunft wächst und damit eine entsprechende Nachfrage.
- 3.) Besondere Chancen liegen in der regionalen Kooperation: Sei es, dass der Einzelhandel lokale Produkte bewirbt und verkauft, dass ein Hofladen sein Sortiment mit Produkten von Kollegen erweitert, oder dass ein Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof Wurst, Käse, Honig oder Schnaps mit auf den Heimweg gibt.

Wertschöpfungsketten mit regionaler Wirkung

Neben den einzelbetrieblichen Entwicklungen wurden in der Studie auch ganze Wertschöpfungsketten auf ihre Wirkungen für Arbeit und Wertschöpfung in der Region hin untersucht. Da die Region rund um die Veredlung (vor allem im Landkreis Schwäbisch Hall) eine Vielzahl von Unternehmen und zahlreiche Initiativen aufweist, wurden zwei Wertschöpfungsketten im Bereich Fleisch ausgewählt: Zudem wurden die Dorfkäserei Geifertshofen sowie die Organisch-Biologische Erzeugerge-



Ein Beispiel eines neuen Betriebszweiges in der Region ist die „Kleine Schweineschule“ von Kerstin Gronbach. Sie bietet Schülern und Jugendlichen an, auf dem Hof aktiv einzelne Bereiche der Landwirtschaft zu erkunden. Foto: WFG Schäbisch Hall

meinschaft Hohenlohe OBEG betrachtet.

Allein die beiden untersuchten Fleisch-Unternehmen Unabhängige Erzeugergemeinschaft für Qualitätsferkel Hohenlohe-Franken (UEG) w.V. und die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall (BESH) w.V. konnten im Untersuchungszeitraum 292 neue Stellen schaffen. Hinzu kommen die Arbeitplatzeffekte in den 1.657 angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben ebenso wie die monetären Wirkungen sowie die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Beide Wertschöpfungsketten ermöglichen, dass kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe ihre Produktion sichern, z.T. sogar entwickeln konnten und können. Ersten Abschätzungen zufolge erreichen die Qualitätsfleisch liefernden Betriebe im Einzugsbereich der beiden Unternehmen UEG und BESH nach Abzug ihrer variablen Kosten insgesamt Mehrerlöse in Höhe von 3 Millionen Euro pro Jahr (0,5 Mio. Euro über die UEG und 2,5 Mio. Euro über die BESH).

An die 1997 als private Initiative gegründete Dorfkäserei in Geifertshofen liefern derzeit elf in einer Erzeugergemeinschaft organisierte Biobetriebe. Die Nachfrage nach dem Käse ist so groß, dass die Erzeugung ausgedehnt werden könnte, aktuell jedoch nicht genug Biomilch am Markt verfügbar ist. Insgesamt wurden in den vergangenen sechs Jahren 24 neue Stellen geschaffen, vorwiegend Teilzeitstellen bzw. auf 400-Euro-Basis.



Um auf die Bedeutung der Diversifizierung für die landwirtschaftlichen Betriebe und die ländliche Entwicklung hinzuweisen, wurde die EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel nach Hohenlohe eingeladen. Ihre Reise durch die Region führte sie auch in die Dorfkäserei Geifertshofen. Foto: WFG Schwäbisch Hall

Die Organisch-Biologische Erzeugergemeinschaft Hohenlohe (OBEG) wurde 1989 von neun Bauern gegründet, um die Getreidevermarktung der Biolandbetriebe zu organisieren. Heute sind 50 Betriebe Mitglied in der OBEG. 120 Betriebe beliefern die Genossenschaft. Sie lagert, reinigt, schält und trocknet Getreide aller Sorten, auch spezielles Getreide wie Dinkel oder Hafer. Der Absatz ist überregional im gesamten Südwesten Deutschlands. Der Jahresumsatz beträgt 3,5 Millionen Euro. Seit ihrer Gründung hat die OBEG 21 Arbeitsplätze geschaffen.

Über den Aufbau regionaler und an Qualitätsproduktion orientierter Wertschöpfungsketten können nicht nur Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum gehalten und geschaffen werden, sondern es wird zugleich denjenigen landwirtschaftlichen Betrieben ein Marktzugang ermöglicht, welche weder den Pfad der weiteren Rationalisierung und des Mengenwachstums noch den Pfad der Diversifizierung beschreiten wollen oder können.

Förderung unterstützt

Nur 4,5 Prozent der Mittel aus der Zweiten Säule, die in den letzten zwölf Jahren in die untersuchte Region geflossen sind, kamen der Diversifizierung, also den beschriebenen Betriebsentwicklungen zugute. Werden alle Agrarzahungen (einschließlich der Direktzahlungen aus der Ersten Säule) im Gebiet berücksichtigt, so sinkt der Anteil auf geschätzte 2,6 %.

Trotz dieses bemerkenswert geringen Anteils an Fördermitteln für Diversifizierungsmaßnahmen ging gerade von diesen Maßnahmen eine hohe ökonomische und strukturelle Wirkung aus. Während das Agrarinvestitionsprogramm (AFP) über die einzelbetriebliche Modernisierungsförderung zwar betrieblich gesehen die Arbeit erhält, setzt es – regional gesehen – aber Arbeit frei, weil sich die Erzeugung auf weniger Betriebe und Arbeitskräfte konzentriert. Durch die Förderung der Diversifizierung konnten dagegen nicht nur betrieblich, sondern auch regional gesehen neue Einkommenspotenziale erschlossen und damit Arbeitsplätze erhalten und sogar geschaffen werden.

Die Diversifizierungsmaßnahmen des AFP haben innovationsfördernd gewirkt und den Betrieben den Weg in eine Einkommenskombination erleichtert. Dabei sind gerade die so genannten Kleinen Investitionen als Glied einer ganzen Investitionskette oft wesentlich gewesen. Denn die Betriebe müssen sich ihren Markt selbst schaffen. Dieser Prozess benötigt Zeit und kann daher nur schrittweise erfolgen, d.h. die notwendigen investiven Maßnahmen zur Ausweitung der neuen Geschäftsfelder werden schrittweise durchgeführt. Die einzelnen Investitionen liegen dabei eher im Bereich kleiner Maßnahmen und bleiben damit häufig unterhalb der Mindestausgaben, die die Regelförderung erfordert. Das zeigt, wie wichtig die Fördermaßnahme für „Kleine Investitionen“ ist.

Die Unterstützung von Diversifizierungsstrategien durch die Bereitstellung von Fördermitteln ist aber nur eine Seite einer erfolgreichen ländlichen Entwicklung. Wenn neue Wege gegangen werden sollen, müssen betriebliche Neuausrichtungen überhaupt erst „denkbar“ werden – es bedarf einer Investition in Köpfe und Ideen. Die Programme LEADER, Hohenlohe aktiv (Regionen aktiv-Programm des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) und Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum haben diesbezüglich sehr viel geleistet und zusätzlich den Prozess monetär unterstützt. In vielen ländlichen Regionen und in Teilen der Politik ist deshalb noch ein gedanklicher Schritt zu vollziehen, bevor dort Diversifizierungsstrategien zu echten wirtschaftlichen Alternativen für Landwirte und Weiterverarbeiter werden können.

Fazit

Zukünftig sollte der ökonomische Entwicklungspfad der Diversifizierung, die sich in der Regel auch mit einer Ausrichtung auf besondere Qualitäten bezieht, in der Land- und Ernährungswirtschaft mindestens gleichrangig neben der Strategie der Produktionsausdehnung und Kostendegression stehen. Dazu braucht es politisches Handeln – denn noch ist die Agrarpolitik davon weit entfernt.

Die Studie über Hohenlohe kompakt

Zwei Landkreise wurden untersucht: Schwäbisch-Hall und Hohenlohekreis

281 landwirtschaftliche Betriebe wurden als Diversifizierer identifiziert. 66 Betriebe davon wurden aufgesucht und die Familien persönlich befragt. 79 % der Betriebe wird im Haupterwerb geführt, 39 % wirtschaften ökologisch.

Im Zuge der Diversifizierung erhöhten die Betriebe die Zahl der Beschäftigten von durchschnittlich knapp 2,5 auf 3,0 Arbeitskräfte je Betrieb (umgerechnet in Vollzeitstellen). Der Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg liegt bei 1,2 AK/Betrieb.

In den 66 Betrieben haben 160 Menschen aus der Region sowie 44 Saisonarbeiter mehr Arbeit gefunden als früher – umgerechnet in Vollzeitstellen entspricht das 36 Stellen.

Zwei Drittel der befragten Betriebsleiter/-innen beschreiben ihre Diversifizierung als wirtschaftlich erfolgreich.

Bei über der Hälfte der Betriebe haben die flächenbezogene Agrarumweltprogrammen (MEKA) eine hohe Bedeutung für das Betriebseinkommen.

Drei Viertel der Betriebe hat in den letzten 12 Jahren Förderung (Agrarinvestitionsförderung) für betriebliche Investitionen in Anspruch genommen, die Hälfte davon im Zusammenhang mit der Diversifizierung: Bau von Schlacht- und Zerlege-räumen, Hofkäsereien, Gaststuben, Ferienwohnungen, Marktstände und anderes.

Bei den Wertschöpfungsketten, die über einzelne landwirtschaftliche Betriebe hinausgehen, zeig-

ten sich ebenfalls positive Entwicklungen für Arbeit und Wertschöpfung in der Region.

Allein in den beiden untersuchten Erzeugergemeinschaften im Bereich Fleisch konnten im Untersuchungszeitraum 2005-2006 insgesamt 292 Stellen neu geschaffen werden, vor allem verbunden mit der Erzeugung von besonderen Qualitätserzeugnissen. Damit kommen positive Effekte für Arbeitsplätze und Wertschöpfung für die 1.657 angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben hinzu.

Eine 1997 von einer Erzeugergemeinschaft gegründete Dorfkäserei verarbeitet die Biomilch von elf Betrieben. Die Nachfrage übersteigt bereits das Angebot. 24 neue Stellen (vor allem Teilzeitstellen) wurden geschaffen.

Eine Bio-Getreide-Erzeugergemeinschaft, 1989 von neun Bauern gegründet, zählt heute 50 Mitglieder; sie wird beliefert von 120 Betrieben. Seit Gründung wurden 21 Arbeitsplätze geschaffen.

Auch die Erzeugergemeinschaften wurden in unterschiedlichem Umfang und über unterschiedliche Maßnahmen öffentlich gefördert – z.B. für Investitionen wie auch für Personalkosten während der Startphase.

Die Förderung für die gesamten Aktivitäten zur Diversifizierung hatte an allen Ausgaben der Zweiten Säule im Untersuchungsgebiet einen Anteil von weniger als 5 %; der Anteil an allen Agrarausgaben im Gebiet liegt bei geschätzten 2,6 %.

4. Upländer Bauernmolkerei: Struktur-Aufbau aus der Region heraus Triebkraft von Bewegung in der Mittelgebirgsregion Sauerland. „In jedem Liter Milch ein schönes Stück Region“

Die Upländer Bauernmolkerei feierte im Jahr 2006 ihren zehnten Geburtstag. Es ist eine kleine Molkerei im östlichen Sauerland, die dem mehr und mehr vordringenden Credo in der Molkereibranche von Fusion und Endloswachstum trotz. Zu einem Zeitpunkt, als viele Molkereien ihre Tore schlossen, begannen Milchbauern aus Hessen und Westfalen mit der eigenen Verarbeitung und Vermarktung ihrer Milch in der Upländer Bauernmolkerei. Und ganz entgegen des vorherrschenden Agrardiskurses ist die Molkerei erfolgreich und ihre Betreiber sind voller Zuversicht.

Schon die Entstehung der Upländer Bauernmolkerei GmbH deutet auf Innovationsfreude und Nachhaltigkeit hin. 18 Bio-Landwirte gründeten 1996, unterstützt von Umweltschützern, Privat- und Geschäftsleuten, das Unternehmen. Die Landwirte, heute sind es 84 aus Hessen und Nordrhein-Westfalen mit einem Erzeugungsvolumen von 15 Mio Litern Bio-Milch im Jahr, sind Mehrheitsgesellschafter der Molkerei mit 30 Mitarbeitern. 80 Prozent der gesamten Produktpalette hat Bio-Qualität; die Ware wird an den Naturkost-Großhandel, den Lebensmitteleinzelhandel, Schulen und Verarbeiter geliefert.



Im Jahr 1995 reifte bei einigen Milchbauern an der Grenze zwischen Hessen und Nordrhein-Westfalen der Entschluss, die alte Upland Molkerei wieder in Betrieb zu nehmen. Ein Jahr stand sie still, nachdem sie als Folge einer Fusion mit einer viel größeren Molkerei geschlossen wurde. Josef Jacobi (links) nimmt hier mit Kolleginnen und Kollegen die Molkerei unter die Lupe. Foto: Jasper

Am Tag der Eröffnung sagte Aufsichtsratsvorsitzender Josef Jacobi damals: „Die niedrigen Milcherzeugerpreise und die mangelnde Perspektive vor allem für kleinere und mittlere Milchviehbetriebe haben uns darüber nachdenken lassen, wie wir unsere Situation verbessern können... Wir wollen zeigen, dass es mit bäuerlicher Selbsthilfe auch anders geht.“

Wie entstand die Molkerei?

1994 mündete eine enge Zusammenarbeit der Vorgänger-Molkerei „Upland Molkerei“ mit den viel größeren Milchwerken Köln / Wuppertal („Tuffi“) in eine Fusion der beiden Molkereien – faktisch eine Übernahme der kleineren durch „Tuffi“. Ein Jahr später wurde die seit 1898 bestehende Molkerei in Usseln geschlossen und die Milch der 290 Landwirte zu anderen Molkereien gebracht. Der Region gingen nicht nur 33 Arbeitsplätze verloren, sondern auch die regionale Weiterverarbeitung und Vermarktung der im Upland erzeugten Milch.

Zu dieser Zeit waren Bäuerinnen und Bauern aus Nordhessen, die ihre Höfe nach ökologischen Richtlinien bewirtschafteten, auf der Suche nach einer Verarbeitungsstätte für ihre Milch. Sie hatten sich

bereits 1986 zur Milcherzeugergemeinschaft (MEG) Waldeck (heute MEG Hessen) zusammengeschlossen. Bis 1995 wuchs die Milchmenge auf etwa eine Million Liter jährlich, die von 18 Betrieben geliefert wurde. Die nächsten Biomolkereien waren so weit entfernt, dass sie ihren Milchwagen bis hierher nicht fahren lassen wollten. Viele Biobauern lieferten so einen Großteil ihrer Milch an konventionelle Molkereien und erhielten auch nur den konventionellen Preis für ihre Bio-Milch – viel zu wenig.

In dieser Situation entstand die Idee, die still gelegte Molkerei in Eigenregie wieder in Betrieb zu nehmen. Die Gemeinde Willingen, in deren Ortsteil Usseln die Molkerei



Die Upländer Bauernmolkerei im Innern, zehn Jahre später. Die Kapazitäten der Molkerei werden voll ausgeschöpft, der Nachfrage nach Upländer Bauernmolkerei-Produkten ist kontinuierlich gewachsen. Foto: Jasper

lag und die sich deutlich gegen die Schließung der Upland Molkereiausgesprochen hatte, war leicht für diesen Plan zu begeistern. Die Vertreter des touristischen Ortes erhofften sich neben der sozialen Wirkung auch eine Attraktivitätssteigerung ihrer Region über die Produkte eines heimischen Unternehmens mit Qualitätserzeugung.

Auch auf den anderen politischen Ebenen fanden die Biomilchbauern Unterstützung für ihr Projekt. Das damalige Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Regionalwirtschaft (ARLL) Korbach als regionale Ebene des Hessischen Landesamtes betraute zwei Mitarbeiter mit der Aufgabe, Möglichkeiten der finanziellen Förderung aufzuspüren. Die höhere Ebene stand ebenfalls mit Sachverstand zur Seite.

Schließlich kaufte die Gemeinde mit Hilfe von Mitteln der Ländlichen Entwicklungsförderung das Grundstück und das Gebäude der Molkerei und überließ es den Milchbauern zunächst zu einem symbolischen Pachtzins zur Wiederbelebung des Milchwerks.

So wurde unter Mitwirkung von 18 Milchbauern, von Gemeinde, Kreis und Region, Umweltschützern, Privat- und Geschäftsleuten und den ehemaligen Molkereimitarbeitern das Projekt Upländer Bauernmolkerei Realität.

Biologischer Landbau und Regionalität

Die Betriebe, die Biomilch zur Upländer Bauernmolkerei liefern, gehören dem Bioland-Verband oder einem anderen ökologischen Anbauverband an. Die Produktpalette ist breit gefächert: Mit Frisch-

milch, Sahne, Schmand, saurer Sahne, Buttermilch und Butter werden die Basisprodukte abgedeckt. Zusätzlich werden Fruchtbuttermilch, Vanille- und Schokomilch und Wackelpudding hergestellt. Eine Spezialität der Molkerei ist der Bauernhandkäse, der auch weit über die Region hinaus vermarktet wird.

Die Molkerei wirtschaftet getreu dem Motto „In jedem Liter Milch ein schönes Stück Region“ und versucht Regionalität in allen Bereichen anzuwenden: Die Biomilch kommt von Bauern in Hessen und Nordrhein-Westfalen, wird in der Upländer Bauernmolkerei verarbeitet und in der Region vermarktet. Abnehmer sind der Naturkostgroßhandel, Lebensmitteleinzelhandel, Großhandel, Regionalwarenläden und der eigene Molkereiladen.

Diese Regionalität des Konzeptes ist den Betreibern der Molkerei sowohl aus sozialer als auch aus ökologischer Hinsicht wichtig. Die Molkerei hat seit 1996 40 neue Arbeitsplätze in Usseln geschaffen. Durch die Absatzmöglichkeit vor Ort und akzeptable Milchpreise wurden die Arbeitsplätze auf den Milchbetrieben erhalten. Dies bedeutet zugleich den Erhalt einer Bio-Milchwirtschaft in der Region und damit auch den Erhalt typischer und ökologisch wertvoller Kulturlandschaften. Lange Transportwege werden durch den regionalen Ansatz vermieden.

Den Upländern geht es auch darum, Verbrauchern die Milcherzeugung und die Bedeutung von Regionalität näher zu bringen. Deshalb haben sie 1998 das „Milchmuseums“ eingerichtet, indem große und kleine Leute sehen und (be)greifen können, wie aus dem Gras auf der Wiese Milch, Butter und Käse wird, was dies für die Umwelt bedeutet und

wie viel Arbeit der Bauer hat. Da Usseln ein beliebter Tourismusort ist, erreichen die Upländer mit ihrem Angebot nicht nur die lokale Bevölkerung, sondern auch Touristen aus ganz Deutschland, darunter viele Menschen aus der Stadt, die ihre Ferien in der Region verbringen. Seit 2002 ist das Museum zugleich ökologisches Informationszentrum.

„Die Dinge selber in die Hand nehmen“

Auch wenn die Upländer Bauernmolkerei im nationalen Biomilchpreisvergleich einen relativ hohen Milchpreis an seine Lieferanten zahlt, so ist das Milchpreisniveau in Deutschland und Europa insgesamt zu niedrig. Die Arbeit der Milchbauern wird nicht angemessen entlohnt.

Die Upländer Bauernmolkerei hat deshalb darüber nachgedacht, wie man den Milchpreis direkt mit Hilfe der Verbraucher erhöhen kann.

Im Januar 2005 startete die Molkerei eine Kampagne für die regionale Wirtschaft unter dem Slogan „Aktiv für die heimischen Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern – denn faire Preise bieten Zukunft“ mit dem Angebot der „Erzeuger Fair Milch“. Die deklarierte Milch ist seit Januar 2005 auf dem Markt, und wer sie kauft, zahlt 5 Cent/Liter zusätzlich, die direkt an die Bauern der Molkerei gehen. Der Aufpreis ist für die Konsumenten transparent, weil ein entsprechendes Label explizit darauf hinweist.

Im Vorfeld der Aktion wurden Bio-Kunden befragt, ob sie bereit wären, einen solchen Aufschlag von fünf Cent – der direkt an die Bauern geht – für regionale Biomilch zu zahlen. Über 80% der Befragten erklärten ihre Bereitschaft. Und tatsächlich wird die „Erzeuger Fair Milch“ sehr gut angenommen. Mehr als 50 Naturkostläden unterstützen inzwischen die Aktion und verkaufen mit dem Aufschlag mehr Upländer Biomilch als vorher. Dies zeigen die Zahlen der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel, die das Projekt wissenschaftlich betreute. Seit Juni 2006 wird auch Upländer Schmand mit dem Erzeugerfairmilch-Aufkleber angeboten. Im September 2006 ist auch die Alnatura Produktions- und Handels GmbH eingestiegen, so dass in weiteren 302 Märkten der hessischen Handelskette „tegut“, in 104 Filialen von Budni in Hamburg sowie in 25 „Alnatura Super Natur Märkten“ Biomilch der Alnatura Produktions- und Handels GmbH mit einem Fair-Preis-Aufschlag angeboten wird, von dem fünf Cent je Liter Trinkmilch direkt über die Molkerei an die Bauern gehen.

Mit der Aktion wird die wirtschaftliche Situation der Bauern verbessert und gleichzeitig auf die viel zu niedrigen Milchpreise aufmerksam gemacht. Die

Erzeugung von Bio-Lebensmitteln erfordert einen überdurchschnittlichen Arbeitseinsatz der Biobäuerinnen und –Bauern, die zusätzlich Aufgaben im Umwelt- und Naturschutz übernommen haben und für Pflege und Erhalt der Kulturlandschaft sorgen. Aber während die laufenden Betriebskosten steigen, sinken die Erzeugerpreise. Um das Überleben der Biobetriebe langfristig zu sichern, müssten etwa 5 Cent mehr für jeden Liter gezahlt werden. Für einen kleinen Teil der Milch der Upländer Bauernmolkerei wird dieser Betrag nun gezahlt und dient den Bauern direkt.

Gentechnikfreie Molkerei

Ein anderes Beispiel für die Innovationsfreunde und Beweglichkeit der kleinen Molkerei zeigt sich in einem weiteren Projekt: Als erste Molkerei in Deutschland verarbeitet die Upländer Bauernmolkerei für die Firma Bergweide GmbH konventionelle Milch, die unter der Bezeichnung „ohne Gentechnik“ verkauft wird. Damit ist die Upländer Bauernmolkerei „gentechnikfreie Molkerei“, denn bei der Erzeugung von Bio-Milch, die in Usseln überwiegend verarbeitet wird – wurde auch bisher keine Gentechnik eingesetzt.



In der Upländer Bauernmolkerei wird vor allem Bio-Milch verarbeitet. Daneben hat die Molkerei es konventionell und gentechnikfrei wirtschaftenden Milchbauern ermöglicht, ihre Milch mit der Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ zu vermarkten. Das war die erste Milch dieser Art in Deutschland. Auch hier hat sich die Molkerei als Vorreiterin etabliert. Foto: Bauernstimme

„Ohne Gentechnik“ darf sich die Bergweide-Milch nennen, da durch ein eigenes Kontrollsystem gewährleistet wird, dass weder Futtermittel noch gentechnisch veränderte Arzneimittel, Impfstoffe und Futterzusatzstoffe bei der Milcherzeugung verwendet wurden.

Eine unabhängige Kontrollstelle überwacht sowohl die Produktion bei den Landwirten, die Verarbeitung in der Molkerei als auch die Futtermittelfirmen.

Die Landwirte erhalten für ihren Mehraufwand und die höheren Futterkosten einen Aufschlag von 1,5 Cent pro Liter Milch. Die „Milch ohne Gentechnik“ wird in Regionalwarenläden, bei Einzelhandelsketten tegut und anderen und sogar – in einem Testlauf – seit Frühjahr 2006 bei einem Teil der Lidl-Discountmärkte verkauft.

Der Erfolg gibt Recht

Am 12. Juni 2006 hat die Upländer Bauernmolkerei Milcherzeuger zu einer Informationsveranstaltung eingeladen: Sie ist auf der Suche nach neuen Milchlieferanten. Die vorhandenen Mengen reichen angesichts der steigenden Nachfrage nach den Produkten der Molkerei nicht mehr aus. Die Chancen, dass Milchbauern dem Angebot der kleinen, in der Region verankerten Molkerei folgen, sind groß: ein sehr guter Ruf, Milchzahlungspreise, die deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegen, eine innovative Unternehmensphilosophie und reale Mitbestimmungsmöglichkeiten sind Gründe genug, als Milchviehhalter bei der Upländer Bauernmolkerei einzusteigen.

Ganz im Sinne von Lissabon- und Göteborg-Strategien der Europäische Union

Die Upländer Bauernmolkerei ist ein lebendiges Beispiel dafür, dass es durchaus möglich ist, die Strategien von Lissabon im Einklang mit den in Göteborg erarbeiteten Strategien umzusetzen. Die im Juni 2005 von den Staats- und Regierungschefs der EU formulierten Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung mit ihrer Maxime, dass sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gegenseitig verstärken können, findet in dieser Molkerei eine vorbildliche Umsetzung. In der Erklärung heißt es: Es sollen gleiche Wettbewerbsbedingungen ge-



Der Fuhrpark der Bauernmolkerei im Jahr 2006.

schaffen werden, „unter denen Dynamik, Innovation und kreatives Unternehmertum unter Wahrung sozialer Gerechtigkeit und einer gesunden Umwelt gedeihen können“ (10255/05).

Lebendige Unternehmen – lebendige Regionen

Die Upländer Bauernmolkerei ist ganz offensichtlich wettbewerbsfähig, dynamisch und wissensbasiert, wie es in der Lissabon-Strategie gefordert wird. Sie behauptet sich auf dem Markt – sichtbar auch an ihrem Versuch, mehr Erzeuger aufzunehmen –, sie entwickelt sich weiter – neue Produkte, Gentechnikfreiheit – und sie entwickelt fundierte Konzepte unter anderem in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, um die Einkommen ihrer Zulieferer und damit die Wertschöpfung in der Region zu verbessern.

Durch die Wiederinbetriebnahme der Molkerei vor 10 Jahren wurden in der Molkerei 40 Arbeitsplätze geschaffen. Zusätzlich blieben durch die mögliche Weiterführung der Milchproduktion aufgrund der neuen Absatzmöglichkeit für Bio-Milch Arbeitsplätze auf den landwirtschaftlichen Betrieben erhalten. Die Liefermöglichkeit an eine zuverlässige und innovative Molkerei bietet Perspektiven, so dass auch Söhne oder Töchter der Milchbauern an eine Zukunft auf dem Hof denken können.

Mit Karin Artzt-Steinbrink als Geschäftsführerin der Molkerei ist Chancengleichheit in Führungspositionen Realität.

Durch das Eingebundensein der Molkerei in die Region über den Absatz der Produkte, das Milchmu(h)seum, aber auch eine aktive Beteiligung am öffentlichen Leben prägt sie den Ort und seine Umgebung mit.

Die Produkte der Upländer Bauernmolkerei werden

von Naturkost- und Lebensmitteleinzelhandel der Region sehr gut angenommen. Neben der guten Qualität und der gelungenen Präsentation der Produkte liegt dies auch daran, dass die Verbindung zwischen den verschiedenen Marktteilnehmern Bauer, Verarbeiter, Handel und Verbraucher durch mehr Transparenz und Nähe wieder hergestellt wird. Der Konsument kann nachvollziehen, woher seine Milch kommt, welche Unternehmensphilosophie die Molkerei verfolgt und dass sein Kauf Einfluss auf die Region hat.

Naturkosthändler argumentieren: „Mit der Aktion Erzeuger Fair Milch können wir einen konkreten Beitrag gegen den dramatischen Preisverfall von Bio-Milch leisten. Deshalb vertreiben wir zukünftig nur noch die Milch von hessischen Landwirten. Mit der Fair Milch-Initiative helfen wir, Arbeitsplätze in der Region und eine gesunde, vielfältige Landschaft zu erhalten. Darüber hinaus sorgen wir für kurze Wege vom Feld zum Kunden“ (Thomas Wolff, Bio-Lieferservice). Doch auch Lebensmittelketten wie Lidl zeigen sich an den Produkten der Molkerei interessiert: Seit April 2006 wird die Milch ohne Gentechnik in den Kühlregalen von Lidl verkauft.

Die Milch der Upländer kann regional und höherpreisig abgesetzt werden, der Markt für die Produkte der Molkerei wächst. Für die Bauern bedeutet die Upländer Bauernmolkerei eine längerfristige wirtschaftliche Perspektive und reale Mitbestimmungsmöglichkeiten in Bezug auf die Verarbeitung ihrer Milch.



Schulklassen, Seniorengruppen, Vereine oder Wandergruppen – das in die Molkerei integrierte „Upländer Milch Muhseum“ ist ein beliebter Anziehungspunkt in der Ferienregion Hochsauerland. Wirtschaft und Bildung sind hier vorbildlich verbunden. Links im Bild der Verkaufsladen der Molkerei. Foto: Jasper

Bildung

Das gesamte Konzept Upländer Bauernmolkerei und seine Entstehung haben zu einer Weiterbildung der Milchbauern, die ihre Milch an die Molkerei liefern, beigetragen. Sie haben durch ihren Einsatz die Molkerei erst wieder zu neuem Leben



erweckt. Sie haben begonnen, über ihren üblichen Arbeitsbereich hinaus zu schauen und die Vermarktung ihrer Milch selber in die Hand zu nehmen. Ihre Milchpreise hängen nicht mehr von irgendeinem Molkereidirektor ab, sondern von ihrem eigenen Agieren am Markt und natürlich auch den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Diese Eigeninitiative erfordert eine ganz andere Form von Flexibilität als der Alltag auf dem Milchviehbetrieb und bildet die Bauern somit fort. Ein Bewusstsein für Marktbedürfnisse, aber auch für die verschiedenen Möglichkeiten der Weiterverarbeitung der Milch entsteht. Das Internet wird bei einer solchen Entwicklung schnell zum alltäglichen Instrument, um an Informationen zu gelangen und sich rasch untereinander abzustimmen.

Innovation

Auch in Bezug auf das Lissabon-Ziel Innovation hat sich die kleine Molkerei hervor getan. Mit ihrem Konzept Erzeuger Fair Milch hat sie die geforderte enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in die Realität umgesetzt. Aus dem Anspruch, gerechtere Milchpreise für ihre Zulieferer zu erreichen, wurde mit der Unterstützung der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel das besonders innovative Konzept Erzeuger Fair Milch erarbeitet.

Ziel war es von Anfang an, nicht nur ein unternehmensspezifisches Kon-

zept zu erstellen, sondern ein Modell zu entwickeln, das bei Erfolg auch andere Molkereien umsetzen können. Zu diesem Zweck wurde ein Handbuch erstellt, das die einzelnen Schritte und Erfordernisse der Marketingstrategie genau beschreibt. Eine lebendige Dokumentation ermuntert zur Nachahmung.

Eine Molkerei in Norddeutschland, die Meierei Trittau, hat das Erzeugerfairmilch-Konzept bereits bei sich eingeführt. Doch auch über die nationale Grenze hinaus hat das Konzept Anerkennung und Anwendung gefunden und wird damit dem Lissabon-Anspruch der Schaffung eines europäischen Raums der Forschung und Innovation gerecht: Die niederländische Molkerei Molkerei Vecozuivel in Leusden hat bei sich in Anlehnung an das Modell der Upländer Bauernmolkerei eine „Boeren Fair Milk“ eingeführt.

Die Unternehmensstrategie der Bauernmolkerei setzt Zeichen und findet Nachahmer. Hierfür wurde das Unternehmen denn 2005 auch mit dem zweiten Platz in der Kategorie Mittelstand des Innovationspreises Bio-Lebensmittel-Verarbeitung ausgezeichnet. Diesen Innovationspreis hatte die Schweisfurth-Stiftung in Kooperation mit der Kölnmesse/Anuga und unterstützt von dem Bundeslandwirtschaftsministerium ausgeschrieben.

In Zukunft soll der Fair Milch-Ansatz eventuell auf weitere landwirtschaftliche Produkte ausgedehnt werden – „Erzeuger Fair Produkte“ könnten zukünftig auch Fleisch oder Brot sein.

Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Damit die Bauernmolkerei 1996 ihre Pforten wieder öffnen und zu dem Unternehmen werden konnte, das es heute ist, wurde ein gewisses Kapital benötigt. Es wurde aufgebracht von verschiedenen Seiten: von den Bauern selbst, von privaten Investoren, von einem großen Umweltverband, der einen Beteiligungsfonds auflegte und dafür bei seinen Mitgliedern warb, wie auch von der öffentlichen Hand. Durch diesen Mix wurde es möglich, das Projekt zu starten und im Laufe der Jahre weiterzuentwickeln – eine gelungene öffentlich-private



Im Mai 2007 hat die Upländer Bauernmolkerei als erste in Deutschland die Latte 40 Cent für den Liter Milch als Erzeugerpreis an die Bauern übersprungen. Verkündet wurde das in einer Pressekonferenz im Kuhstall des Aufsichtsratsvorsitzenden Josef Jacobi, hier gemeinsam mit Geschäftsführerin Karin Arzt-Steinbrink. Foto: Jasper

Partnerschaft.

In den Leitlinien zu Göteborg wurde festgehalten, „dass eines der Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihrer künftigen Entwicklung darin bestehen sollte, einen Beitrag zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten, indem mehr Gewicht auf die Förderung gesunder, qualitativ hochwertiger Erzeugnisse, umweltfreundlicher Produktionsmethoden – einschließlich der ökologischen Erzeugung –, nachwachsender Rohstoffe und des Schutzes der biologischen Vielfalt gelegt wird“.

Neben diesen Kriterien erfüllt die Bauernmolkerei (regional, ökologisch, gentechnikfrei) auch die wesentlichen Ziele der Lissabonstrategie – Arbeit, Bildung, Innovation, Beitrag zu einem lebendigen ländlichen Raum.

Sonja Kerspeter

5. Direktzahlungen verzerren den Wettbewerb – zulasten von Arbeit und Umwelt

Arbeitsplatzwirkungen der Direktzahlungen

Was an Entwicklungen möglich ist, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in ländlichen Regionen zu halten und noch auszubauen, hat das Beispiel Hohenlohe gezeigt. Doch wie sieht es mit der Wirkung der Zahlungen aus, die im EU-Agrarhaushalt den größten Anteil ausmachen und damit die Zweite Säule weit in den Schatten stellen: die Direktzahlungen?

Direktzahlungen werden aus dem EU-Haushalt auf jährlichen Antrag an die landwirtschaftlichen Betriebe „direkt“ gezahlt. Die Höhe der Zahlungen bemisst sich in Deutschland – nach Umsetzung der 2003 bzw. 2004 beschlossenen Entkoppelung der Zahlungen von der Produktion – im wesentlichen nach zwei Faktoren: zum einen nach dem Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes, zum anderen danach, wie viele Direktzahlungen der Betrieb in den Jahren 2000 bis 2002 erhielt.

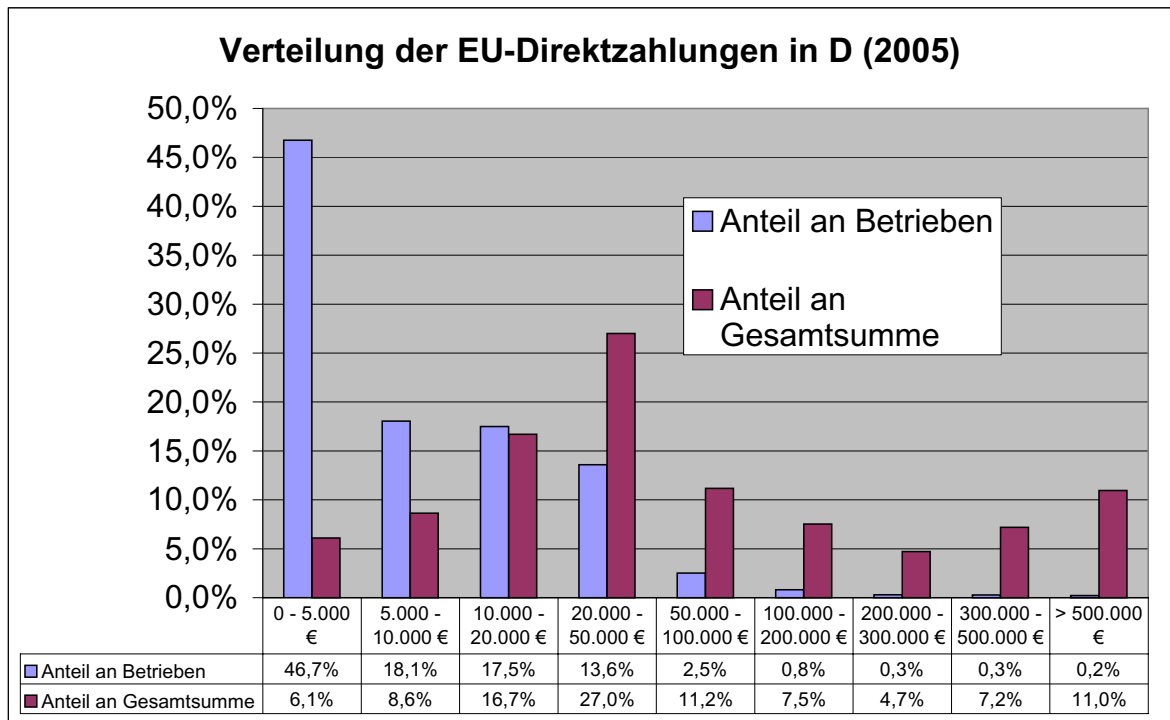
Im Haushaltsjahr 2006 waren für die Direktzahlungen in der EU-25 insgesamt 34 Mrd. Euro angesetzt. Das sind 68 % des EU-Agrarhaushalts (die Ländliche Entwicklung und die Ausgaben für

Marktordnungen kommen jeweils auf 7,8 Mrd. bzw. 16 %). Für Deutschland waren insgesamt gut 6,5 Mrd. Euro an EU-Agrarmitteln angesetzt, davon gut 5 Mrd. Euro (77 %) für Direktzahlungen (für Ländliche Entwicklung waren es 940 Mio. Euro, d.h. 14 %).⁷⁾

Verteilung auf die Betriebe

Die Direktzahlungen verteilen sich auf die Betriebe sehr unterschiedlich, in etwa analog zur Verteilung der Nutzfläche auf die Betriebe. In Deutschland erhielten im Jahr 2005 (letzte veröffentlichte Zahlen) 47 % aller Betriebe weniger als 5.000 Euro im Jahr. Auf sie zusammen entfielen aber nur 7 % aller Direktzahlungen. Über 100.000 Euro erhielten nur 1,6 % aller Betriebe, die zusammen aber 30 % aller Gelder unter sich aufteilten (siehe folgende Abbildung).

Nun sagt die Verteilung der Zahlungen auf die Betriebe noch nicht viel darüber aus, ob bzw. inwiefern es einen Zusammenhang zwischen Direktzahlungen und dem Erhalt, der Schaffung oder dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft



⁷⁾ Europäische Kommission (2007): Der EU-Haushalt 2006. Finanzbericht. Tabellen zum Finanzbericht. http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin_reports/allocrep_data_2006_de.pdf

Direktzahlungen je Arbeitskraft (AK, Person) und je AK-Einheit (umgerechnet in Vollzeitstellen) in den Bundesländern bzw. Prämienregionen Deutschlands 2005

Prämienregion	Direktzahlungen	AK	AKE	Euro/AK	Euro/AKE
Baden-Württemberg	377.105.666 €	208.300	70.200	1.810 €	5.372 €
Bayern	975.795.698 €	332.200	150.900	2.937 €	6.467 €
Brandenburg & Berlin	361.221.162 €	40.000	22.800	9.031 €	15.843 €
Hessen	205.248.429 €	68.600	26.600	2.992 €	7.716 €
Mecklenburg-Vorpommern	403.854.337 €	28.600	18.100	14.121 €	22.312 €
Niedersachsen & Bremen	763.671.590 €	176.500	78.700	4.327 €	9.704 €
Nordrhein-Westfalen	460.015.633 €	156.800	65.200	2.934 €	7.055 €
Rheinland-Pfalz	157.222.856 €	108.200	36.700	1.453 €	4.284 €
Saarland	18.469.084 €	4.500	2.000	4.104 €	9.235 €
Sachsen	289.547.422 €	41.800	25.200	6.927 €	11.490 €
Sachsen-Anhalt	371.316.404 €	27.800	17.400	13.357 €	21.340 €
Schleswig-Holstein & HH	324.952.702 €	55.200	27.900	5.887 €	11.647 €
Thüringen	252.386.017 €	27.300	17.400	9.245 €	14.505 €
Deutschland	4.960.807.000 €	1.275.800	559.100	3.888 €	8.873 €

Quellen: Anlage 1 zu § 4 Abs. 1 Betriebsprämienführungsgesetz, BGBl. Jg. 2006 Teil I Nr. 27, Bonn, 22.06.2006. EU-KOM 2007: Annex 1, Indicative Figures on the distribution of Aid (Finanzial Year 2005). Statistisches Bundesamt: GENESIS-Tabelle: Repräsentative Agrarstrukturerhebung (ASE), Zeitreihen aus 41122L2016 sowie Zeitreihen aus 41122L2007. Wiesbaden, 2007.

gibt. Dazu müssen die Direktzahlungen ins Verhältnis zu den Arbeitskräften und zur Arbeitsleistung (siehe Kasten unten) gesetzt werden. Weil es

keine hinreichende Statistik darüber gibt, wird hier die Verteilung der Direktzahlungen mit der Verteilung des Faktors Arbeit in der Landwirtschaft verglichen.

Arbeitskraft (AK) und Arbeitskraft-Einheit (AKE)

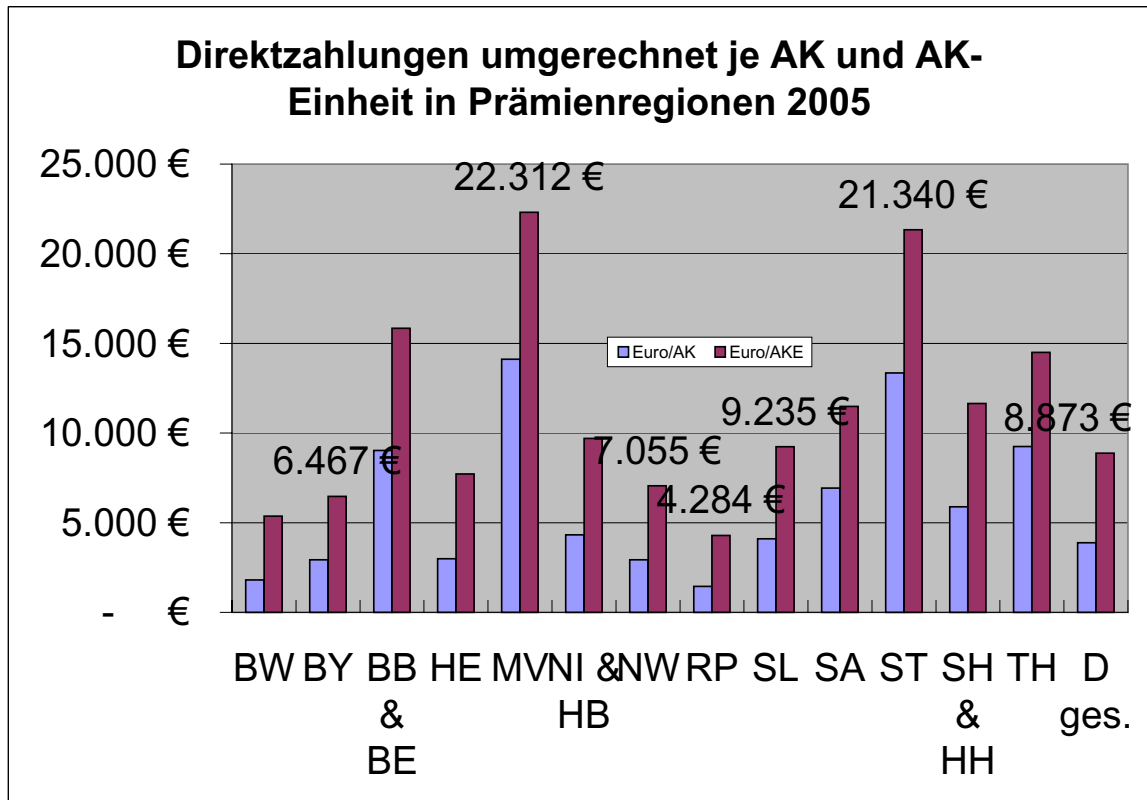
Die Agrar-Statistik arbeitet mit verschiedenen Begriffen, um den Faktor Arbeit in der Landwirtschaft zu beziffern.

Eine **Arbeitskraft** (AK) ist eine Person, die in der Landwirtschaft tätig ist, unabhängig von dem Umfang an Arbeits-Stunden (Arbeitsleistung). Dazu zählen alle Arbeitskräfte, also sowohl Familienarbeitskräfte (Betriebsleiter/-innen und mitarbeitende Familienangehörige) wie Lohnarbeitskräfte und Saison-Arbeitskräfte.

Eine **Arbeitskraft-Einheit** (AKE) beschreibt die Arbeitsleistung (Stunden), die eine Vollzeitkraft im Durchschnitt tätig ist. Da in der Landwirtschaft viele Personen nicht vollzeit-, sondern teilzeitbeschäftigt sind, ist die Zahl der Arbeitskräfte (AK) stets größer als die Zahl der Arbeitskraft-Einheiten (AKE).

Auf Ebene der Bundesländer ergibt sich dabei bereits eine große Abweichung (siehe Tabelle oben und Abbildung nächste Seite). Im Bundesdurchschnitt wurden 2005 umgerechnet je Arbeitskraft (Person) 3.888 Euro Direktzahlungen und – in Vollzeitstellen umgerechnet – je Arbeitskraft-Einheit 8.873 Euro gezahlt. Die mit Abstand höchsten Beträge je AK-Einheit wurden in Mecklenburg-Vorpommern mit 22.312 Euro/AKE und Sachsen-Anhalt 21.340 Euro erreicht. Damit lagen diese beiden Länder über dem Doppelten des Bundesdurchschnitts. Es folgen mit einigem Abstand die Region Brandenburg & Berlin (15.843 Euro) sowie Thüringen (14.505 Euro) und wiederum mit etwas Abstand Schleswig-Holstein & Hamburg (11.647 Euro) sowie Sachsen (11.490 Euro). Unter dem Bundesdurchschnitt lagen nur fünf Länder: Rheinland-Pfalz (mit 4.284 Euro/AKE unter der Hälfte des Bundesdurchschnitts), Baden-Württemberg (5.372 Euro), Bayern (6.467 Euro), Nordrhein-Westfalen (7.055 Euro) und Hessen (7.716 Euro).

⁸⁾ BMELV (o.J. [Dez. 2007], o.O.): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2006/07. http://www.bmelv.de/cfn_045/nn_750582/Shared-Docs/downloads/04-Landwirtschaft/Buchfuehrungsergebnisse0607,templated=raw,property=publicationFile.pdf/Buchfuehrungsergebnisse0607.pdf



Werden die vom Bundesministerium BMELV veröffentlichten Buchführungsergebnissen der Testbetriebe⁹⁾ zugrundegelegt, wurden im Wirtschaftsjahr 2006/07 in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Betriebsauswahl (nur Haupterwerbsbetriebe) sogar knapp 27.000 Euro/AK-Einheit gezahlt, gefolgt von Sachsen-Anhalt (24.818 Euro), Brandenburg (knapp 19.000 Euro) und dem Saarland (gut 17.000 Euro). Die niedrigsten Beträge je Arbeitskraft wurden in Rheinland-Pfalz mit knapp 5.150 Euro/AK gezahlt. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern bei über dem Fünffachen dessen, was in Rheinland-Pfalz umgerechnet je AK-Einheit in den Haupterwerbsbetrieben gezahlt wurde.

Setzt man den aus den Testbetriebs-Buchführungsergebnissen ermittelten höchsten Landesdurchschnitt von knapp 27.000 Euro/AK in Mecklenburg-Vorpommern dem in der Auswertung zugrunde gelegten durchschnittlichen Lohnansatz von 25.529 Euro/Arbeitskraft⁹⁾ (einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung) gegenüber, so werden im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe des Testbetriebsnetzes in Mecklenburg-Vorpommern die Lohnkosten von den EU-Direktzahlungen mehr als abgedeckt.

Die Buchführungsergebnisse des BMELV-Testbetriebsnetzes bestätigen, dass die ökologische Wirtschaftsweise mehr Arbeitsplätze auf den Betrieben schafft bzw. erfordert als die so genannte konventionelle Variante.

Bio macht mehr Arbeit

Bei gleicher Flächengröße und etwas geringerem Viehbesatz ist der Arbeitskräftebesatz (AK/100 ha) in ökologischen Betrieben um 30 % höher als in den Vergleichsbetrieben, beim Ackerbau um 36 %, im Futterbau (Rinderhaltung) um 24 %. Weil das aber bei der Höhe der Direktzahlungen nicht berücksichtigt wird, ergeben sich folglich für die Biobetriebe je Arbeitskraft-Einheit niedrigere Direktzahlungen: Insgesamt erhielten die ökologischen Testbetriebe (Haupterwerb) im Jahr 2006/07 je Arbeitskraft 14.040 Euro/AK, die konventionellen Vergleichsbetriebe mit 19.011 Euro/AK dagegen 26 % mehr je Arbeitskraft. Die höchsten Beträge erhielten die Ackerbaubetriebe mit 18.735 Euro/AK bei den ökologischen und 26.750 Euro/AK (30 % mehr) bei den konventionellen Vergleichsbetrieben.

⁹⁾ BMELV (o.J. [Dez. 2007], o.O.): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2006/07. S. 123.

Im Extrem mehr als 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr

Bei allen bisherigen Ergebnissen handelte es um Durchschnittswerte, hinter denen sich jeweils mehr oder weniger große Spannen verbergen. Da die Transparenz bzw. die Offenlegung von einzelnen Direktzahlungsempfängern noch nicht gegeben ist, kann nicht auf Einzelwerte zurückgegriffen werden, um zu belegen, zu welchen maximale Zahlungsbeträgen je Arbeitskraft die geltende Rechtslage führen kann.

Welche Werte in der Praxis erreicht werden, soll daher eine Kalkulation zeigen: Wie viel Fläche kann eine Arbeitskraft in rationalisierten Ackerbaubetrieben bewirtschaften? Wird diese Fläche mit dem Durchschnittssatz für die Direktzahlungen multipliziert, ergibt sich eine maximale Zahlungssumme je Arbeitskraft. Bei sehr geringen Arbeitszeit-Bedarfen von 5,6 bis 6,7 Arbeitsstunden (AKh) je ha in bestimmten arbeitssparenden Ackerbauverfahren und der tariflichen Jahresarbeitszeit von 2.088 AKh je Arbeitskraft können von einer Arbeitskraft in rationalisierten Betrieben pro Jahr 312 bis 373 ha LF bewirtschaftet werden¹⁰⁾. Beim Mulchen – also der vom Gesetzgeber geforderten Mindest“pflege“ zur Instandhaltung der Flächen – kommt eine Arbeitskraft mit 2.088 AKh/Jahr auf bis zu 444 ha. Daraus ergeben sich – bei den 329 Euro Direktzahlungen je ha im Durchschnitt der Testbetriebe für 2006/07 – Direktzahlungen von 100.000 bis 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr und beim Mulchen von bis zu 146.000 Euro je AK und Jahr.

Im Vergleich dazu fällt der Lohnansatz, der in der Auswertung der Buchführungsergebnisse der Testbetriebe zugrunde gelegt wird, mit 25.529 Euro/AK (einschließlich des Arbeitgeberanteils für die Sozialversicherungen) sehr bescheiden aus. Rationalisierte flächenstarke Ackerbaubetriebe können somit nach geltendem Recht auf Direktzahlungen kommen, die das Vierfache ihrer Lohnkosten übersteigen – ganz legal. Selbst die Durchschnittswerte von 27.000 Euro/AK bei den Testbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern decken noch mehr als die Lohnkosten ab. Der Durchschnitt aller Betriebe in Deutschland kommt mit 8.873 Euro/AK im Jahr auf weniger als ein Drittel davon – gemessen an den maximal möglichen Zahlungen von über 100.000 Euro/AK entspricht der Bundesdurchschnitt sogar weniger als einem Zehntel.

Damit stellt sich nicht nur die Frage, ob eine Zuteilung der Direktzahlungen allein nach Umfang der Fläche je Betrieb gesellschaftlich zu rechtfertigen ist. Die großen Verwerfungen bei den Direktzah-

lungen bezogen auf die Beschäftigungsleistung der Betriebe stellen auch eine Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Landwirtschaft dar. Benachteiligt werden Betriebe mit einem hohen Arbeitskräftebesatz bzw. einer hohen Arbeitsleistung je Fläche. Dabei spielt die Flächengröße des Betriebes keine Rolle, denn es gibt große und kleine Betriebe mit einer hohen und einer niedrigen Arbeitsleistung je Fläche.

Führt die derzeitige Rechtslage, die die Zuteilung der Direktzahlungen regelt, dazu, dass Betriebe mit wenig Arbeits- oder Beschäftigungsleistung z.B. auf den Bodenmärkten besser gestellt sind als Betriebe mit einer hohen Arbeits- oder Beschäftigungsleistung, dann lässt das den Schluss zu, dass die Art und Weise, wie die Direktzahlungen vergeben werden, nicht etwa den Erhalt oder gar die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum unterstützt, sondern, im Gegenteil, konterkariert. Die Vergabe der Direktzahlungen widerspricht somit dem Ziel „Beschäftigung“, wie es z.B. in der Lissabon-Strategie der EU festgeschrieben worden ist.

Es ist also nicht nur eine Frage von „Gerechtigkeit“, zu dringenden Änderungen bei der Vergabe der Direktzahlungen zu kommen, sondern auch eine Notwendigkeit, damit die Zahlungen dem politisch gesetzte Ziel der Sicherung von Arbeitsplätzen dienen statt schaden.

¹⁰⁾ Auf Grundlage von Daten aus: KTBL (2005): Faustzahlen für die Landwirtschaft. 13. Aufl., Darmstadt.

6. Herausforderungen sind benannt. Nun müssen Konsequenzen folgen

Die Europäische Agrarpolitik steht unter Zugzwang. Schafft sie es nicht, auf die gesellschaftlichen Anforderungen einzugehen, verliert ihr großes Budget weiter an öffentlicher Akzeptanz. Dabei sind die Begehrlichkeiten, den Agrarhaushalt für andere Zwecke anzupapfen, mächtig.

In ihrem ersten Aufschlag zur Überprüfung der Agrarpolitik (Gesundheitscheck bzw. Health Check genannt) benennt die EU-Kommission folgerichtig wesentliche Anforderungen¹¹⁾. Als neue Herausforderungen benennt sie darin: Klimawandel, Erneuerbare Energien, Wassermanagement und Artenvielfalt. Die finanziellen Kürzungen bei der Ländlichen Entwicklung spricht sie genauso an wie die „Frage der Verteilung der GAP-Stützungszahlungen“.

Den „neuen Herausforderungen“ will die EU-Kommission vor allem dadurch begegnen, dass die Kürzungen im Bereich der „Ländlichen Entwicklung“ (siehe oben) wenigstens ausgeglichen werden. Weil kein „frisches“ Geld aus dem EU-Haushalt zu erwarten ist, will sie den Ausgleich schaffen, indem ein langsam wachsender Teil der Direktzahlungen umgeschichtet wird. Die so genannte Modulation eines Teils der Direktzahlungen soll also ansteigen. Schon heute wird ein kleiner Teil dieser Direktzahlungen umgeschichtet (Modulation), diesen Anteil von heute 5 % (oberhalb eines Freibetrages von 5.000 Euro) will die Kommission durch jährliche Schritte von 2 % erhöhen auf schließlich 13 % im Jahr 2013. Zudem schlägt sie vor, bei Zahlungen von über 100.000 Euro je Betrieb und Jahr eine weitere, progressiv steigende Kürzung vorzunehmen: Sie soll mit 10 % Abzug oberhalb von 100.000 Euro je Betrieb und Jahr beginnen, oberhalb von 200.000 Euro 25 % betragen und bei Beträgen oberhalb von 300.000 Euro schließlich 45 % erreichen.

Aus Deutschland kommt erbitterter Widerstand gegen diese Pläne, sowohl von den bisherigen Profiteuren der Direktzahlungen als auch aus der Politik. Die argumentiert vor allem damit, dass die Vorschläge zu einem Abbau landwirtschaftlicher Arbeitsplätze in den betroffenen Betrieben und damit zu einer Schwächung der ländlichen Wirtschaftsentwicklung führen würden. Das klingt ganz so, als sei die bisherige Verteilung der Direktzahlungen ein Anreiz, Arbeitsplätze zu erhalten. Die Ausführungen sowohl zur Region Hohenlohe als

auch zu den wettbewerbsverzerrenden Wirkungen der Direktzahlungen belegen aber das Gegenteil.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Umschichtungen einschließlich der Staffelung schaffen es immerhin, das Geld den landwirtschaftlichen Betrieben und den ländlichen Regionen zu sichern: Das Geld wird nicht gestrichen, sondern umgeschichtet in gezielte Programme der Ländlichen Entwicklung.

Dass diejenigen sich wehren, die eine Umschichtung von Mitteln zunächst als Kürzung spüren, ist verständlich. Aufgabe der Politik ist es aber, mit den Steuermitteln die für die demokratisch bestimmten Ziele die größte Wirkung zu erzielen.

Diese Auseinandersetzung wird nicht nur das agrarpolitische Jahr 2008 (Gesundheitscheck der EU-Agrarpolitik) bestimmen, sondern sich in den folgenden Jahren fortsetzen: ab 2009, wenn der gesamte Haushalt der Europäischen Union überprüft wird, und spätestens ab dem Jahr 2011, wenn es um die Festsetzung des Finanzrahmens für die nächste Periode nach 2013 geht.

¹¹⁾ KOM(2007) 722 endg., 20.11.07: Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Vorbereitung des Health Check.

Anhang

Finanzrahmen der EU für die Jahre 2007-2013

(in Mio. Euro zu jeweiligen Preisen, in Klammern Anteile)

Mittel für Verpflichtungen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt 2007-2013
1. Nachhaltiges Wachstum	54.405 (42 %)	56.736 (43 %)	59.197 (44 %)	61.144 (44 %)	63.601 (45 %)	66.640 (45 %)	69.678 (46 %)	431.401 (44 %)
davon:								
1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	8.918	9.847	10.769	11.750	12.974	14.239	15.490	83.987
1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	45.487	46.889	48.428	49.394	50.627	52.401	54.188	347.414
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58.351 (46 %)	58.800 (45 %)	59.252 (44 %)	59.726 (43 %)	60.191 (42 %)	60.663 (41 %)	61.142 (40 %)	418.125 (43 %)
davon:								
Marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	45.759 (78 % von 2.)	46.217 (79 % von 2.)	46.679 (79 % von 2.)	47.146 (79 % von 2.)	47.617 (79 % von 2.)	48.093 (79 % von 2.)	48.574 (79 % von 2.)	330.085 (79 % von 2.)
Ländliche Entwicklung, Fischerei, Umwelt u.a.	12.592 (22 % von 2.)	12.583 (21 % von 2.)	12.573 (21 % von 2.)	12.580 (21 % von 2.)	12.574 (21 % von 2.)	12.570 (21 % von 2.)	12.568 (21 % von 2.)	88.040 (21 % von 2.)
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit, Recht	1.273	1.362	1.523	1.693	1.889	2.105	2.376	12.221
4. Die EU als globaler Partner	6.578	7.002	7.440	7.893	8.430	8.997	9.595	55.935
5. Verwaltung	7.039	7.380	7.699	8.008	8.334	8.670	9.095	56.225
6. Ausgleichszahl.	445	207	210					862
Verpflichtungsmittel insgesamt	128.091	131.487	135.321	138.464	142.445	147.075	151.886	974.769
in % des BNE	1,07 %	1,06 %	1,04 %	1,02 %	1,01 %	1,00 %	1,00 %	1,03 %
Mittel für Zahlungen insgesamt	123.790	129.481	123.646	133.202	133.087	139.908	142.180	925.294
in % des BNE	1,04 %	1,04 %	0,95 %	0,98 %	0,94 %	0,95 %	0,93 %	0,98 %
Spielraum	0,20 %	0,20 %	0,29 %	0,26 %	0,30 %	0,29 %	0,31 %	0,26 %
Eigenmittelobergrenze	1,24 %	1,24 %	1,24 %	1,24 %	1,24 %	1,24 %	1,24 %	1,24 %

Quelle: Europäische Kommission (2007): Der EU-Haushalt 2006. Finanzbericht.

